

nr. 5

Dezember 88

P.O. Box 752 · D-1000 Berlin 15.

Telefon (030) 825 85 52

Postcheckamt Berlin West Konto-Nr.: 749 49-107 (BLZ 100 100 10)

Editorial

Zum 40. Jahrestag der Menschenrechtsdeklaration

Am 10. Dezember 1988 jährt sich zum 40. Mal die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Sie soll als Maßstab und gemeinsam zu erreichendes Ideal allen Völkern und Nationen dieser Erde dienen und ist eines der lebendigsten Dokumente der Menschheitsgeschichte, das den festen Glauben an die Grundrechte des Menschen widerspiegelt. Auslösendes Moment für diesen internationalen Menschenrechtsschutz waren die Greuelthaten, die sich Deutschland bis 1945 hatte zuschulden kommen lassen und die vielen Nationen den Zusammenhang zwischen der Achtung des Menschen und dem Frieden in der Welt bewußt gemacht hatten.

Aus der Überzeugung heraus, daß Verkenning und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führen, verkündete die Generalversammlung die Notwendigkeit für die Schaffung einer Welt, in der jeder Mensch - gleich welcher Rasse, Religions- und Geschlechtszugehörigkeit - ein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person und Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson hat. Jedem Menschen wird Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz durch das Gesetz zuerkannt, somit auch der Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz vor den innerstaatlichen Gerichten, die unabhängig und unparteiisch entscheiden sollen. Die Freiheitssphäre des einzelnen soll ihn vor Eingriffen in das Privatleben schützen, Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit zu friedlichen Zwecken ihm Gelegenheit geben, das öffentliche Leben mitzubestimmen. Folter oder erniedrigende Behandlung oder Strafe sind verboten.

به مناسبت چهلمین سال
امداد به جهانی حقوق بشر

Vierzig Jahre sind seit der Menschenrechtsdeklaration vergangen, zehn Jahre seit der Gründung der Islamischen Republik Iran. Nicht ein Artikel wurde realisiert, sondern im Gegenteil: alle Artikel wurden und werden Tag für Tag verletzt. Dies anzuprangern sehen wir, die Mitglieder der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran, seit unserer Gründung vor sechs Jahren als oberste Pflicht an, und wir bitten alle, uns dabei zu unterstützen.

Tägliche Nachrichten aus dem Iran verkünden das grausame Vorgehen des Regimes. Nach dem Waffenstillstand lautet die Parole "Wiederaufbau", der auch die im Ausland lebenden Iraner folgen sollen. Sie wurden aufgerufen, beim Wiederaufbau zu helfen, doch die Hinrichtungen Hunderter von Ärzten, Ingenieuren und anderer Akademiker, die in der Bundesrepublik und Europa studiert hatten, hat auch den letzten Zweifel am Wahrheitsgehalt des Aufrufes ausgeräumt - dies haben besonders die Hinrichtungen der letzten drei Wochen bewiesen.

Dennoch - wir geben die Hoffnung nicht auf, wir glauben an die Würde des Menschen, daran, daß es nicht ewig so weitergehen wird und daran, daß diejenigen, die uns nahe stehen, uns weiterhin unterstützen werden!

Unseren Lesern

Wir wünschen Ihnen eine geruhsame und schöne Weihnachtszeit und ein neues Jahr, das positiv verlaufen möge!

Uns wünschen wir, daß eine Delegation die Gefängnisse im Iran untersuchen darf, daß Folter und Hinrichtungen ein Ende gesetzt wird und die politischen Gefangenen freigelassen werden. Unterstützen Sie bitte unsere Forderungen und senden Sie beiliegende Karte mit Unterschrift und frankiert in den Iran!

Massenhinrichtungen im Iran

Seit dem 20. August 1988 herrscht an der Kriegsfront zwischen Iran und Irak Ruhe. Für die Weltöffentlichkeit sind die Hunderttausende Opfer, die teilweise namenlos in Massengräbern liegen, längst vergessen. Um die Invaliden und Hinterbliebenen kümmert sich kaum noch jemand.

Der Waffenstillstand hat der iranischen und irakischen Bevölkerung keineswegs den lang ersehnten Frieden gebracht. Im Gegenteil, in beiden Ländern ist der Terror gegen die eigene Bevölkerung erheblich verstärkt worden. Saddam Hossein sah in dem Waffenstillstand eine Gelegenheit, endlich einmal mit den Kurden abzurechnen. Auch die herrschenden Theokraten im Iran haben sogleich nach der Einstellung der Kampfhandlungen mit Zwangsumsiedlung iranischer Kurden begonnen. Das Ziel ist die Vernichtung des kurdischen Widerstands, der bereits seit der Machtübernahme der Ayatollahs im Iran um die innere Autonomie der kurdischen Minderheit kämpft. Doch die Theokraten im Iran wollen sich nicht mit der Liquidierung der Kurden begnügen. Unfähig, der Bevölkerung plausibel zu machen, wieso sie acht Jahre lang "Krieg, Krieg, bis zum Sieg" gerufen und dabei Millionen Menschen geopfert haben, unfähig auch zu erklären, wieso sie plötzlich der UN-Resolution zugestimmt haben, obwohl sie dieselbe ein ganzes Jahr lang als Machwerk des Teufels bezeichnet hatten, versuchen sie nun durch die Herstellung einer Atmosphäre der Angst, jede Frage nach einer Logik des achtjährigen Kriegs und nach dem Grund für den überraschenden Sinneswandel zu unterbinden. In den iranischen Gefängnissen wurden Hunderte von Gefangenen, die schon Jahre zuvor inhaftiert worden waren, hingerichtet. Zahlreiche Oppositionelle, die bereits ihre Gefängnisstrafe verbüßt hatten und entlassen worden waren, wurden erneut inhaftiert und viele von ihnen, ohne jede Angabe von Gründen, exekutiert. Zur Abschreckung der Bevölkerung werden in vielen Städten die Gefangenen auf öffentlichen Plätzen erhängt. Der oberste Justizherr des Gottesstaates, der Geistliche Musavi Ardebili, verkündete kurz nach Annahme der UNO-Resolution 598 am 5.8.88 beim öffentlichen Freitagsgebet: "Die Justiz steht unter starkem Druck der öffentlichen Meinung. Wir werden gefragt, warum wir die (Gefangenen - d. Ü.) überhaupt vor Gericht stellen, statt sie alle hinzurichten ... Das Volk

verlangt, daß alle ausnahmslos hingerichtet werden." Diesem vermeintlichen Volkswillen haben die selbsternannten Volksvertreter auch tatsächlich entsprochen. Es wäre ein vergeblicher Versuch, die genaue Zahl der in den letzten vier Monaten Hingerichteten herausfinden zu wollen. Wir sind auf Schätzungen angewiesen, die gehen bis über 2 000 für die letzten vier Monate.

Um jede Illusion über eine etwaige Liberalisierung auszuräumen, betonte der Oberbefehlshaber der Organisation der Revolutionswächter, Rezai, am 17.8.88: "Die Revolutionswächter haben darauf zu achten, daß die Annahme der UN-Resolution nicht etwa gleichbedeutend ist mit einem Ende des Kampfes gegen die Feinde der Revolution."

Durch Zeichensprache deutete kürzlich ein Gefangener einem Angehörigen an, daß im Teheraner Evin-Gefängnis 600 Personen hingerichtet worden seien. Uns wurde berichtet, daß im Gohardascht-Gefängnis mindestens 60 Personen exekutiert wurden. Angehörige waren aufgefordert worden, die Hinterlassenschaft der Getöteten abzuholen. Ein weiterer Beweis für die Massenhinrichtungen sind die Fotos, die wir vor wenigen Tagen aus Teheran erhielten. Auf diesen Fotos vom Friedhof der "Verdammten" (Lanat Abad) in Teheran ist deutlich ein Massengrab mit zerstückelten Körperteilen zu erkennen.



Anfang November erreichte uns aus dem Iran ein Brief, in dem es heißt: "... Nach wie vor werden die Hinrichtungen auf breiter Ebene fortgesetzt. Auf Anweisung Chomeinis ist eine dreiköpfige Kommission mit uneingeschränkter Vollmacht beauftragt worden, die Lage in den Gefängnissen zu untersuchen. Die Kommission nimmt sich einzelne Gefangene vor und versucht herauszufinden, ob der Betreffende seiner ursprünglichen Gesinnung treu geblieben ist. In diesem Fall wird er sofort hingerichtet. Ein Gefangener, bei dem die Kommission einen gründlichen Gesinnungswandel feststellte, und der sich sogar bereit erklärt hatte, an die Front zu gehen, wurde

ebenfalls hingerichtet. Er hatte sich nämlich geweigert, nötigenfalls im Krieg als Minen-auslöser zu fungieren.

Aus unserem Bekanntenkreis wurden in den letzten zehn Tagen drei Personen nach sieben-jährigem Gefängnisaufenthalt hingerichtet. Der Familie eines Hingerichteten wurde verboten, eine Trauerfeier abzuhalten. Nachdem sich dennoch einige Personen zur Kondolenz eingefunden hatten, wurde ein Onkel des Hingerichteten verhaftet. ... Die Zahl der Hinrichtungen liegt - relativ gesehen - außerhalb der Hauptstadt höher als in Teheran ..."

Hingerichtet wurden zahlreiche Gefangene, die bereits vor Jahren inhaftiert worden waren. Morad X ist ein Beispiel für viele. Er wurde 1981 mit sechzehn Jahren als Mitglied der Volksmodjahedin festgenommen. Ein Jahr lang verbrachte er im Evin-Gefängnis, danach wurde er ins Ghezel-Hezar-Gefängnis verlegt. Nach sieben-jähriger Haft wurde er - ohne Richterspruch oder die Möglichkeit der Selbstverteidigung - im November dieses Jahres hingerichtet.

Gelegentlich erhalten Gefangene am Vorabend ihrer Hinrichtung die Erlaubnis, zu Hause anzurufen. Die Frau eines Hingerichteten schrieb vor kurzem:

"... Was habe ich doch für eine dicke Haut, daß ich trotz allem was geschehen ist, noch atmen kann! Und wie hartnäckig war X, daß er die Folterungen sechs Jahre lang ausgehalten hat. Hätten ihn die Mitleidlosen doch gleich am ersten Tag umgebracht, statt ihm ewige Qualen zuzufügen. ... Am letzten Tag hat er mit mir gesprochen. Sein Lachen klang noch wie damals, als er mich betört hatte. Zuerst glaubte ich, er würde freigelassen, aber nachdem er mit allen Angehörigen gesprochen hatte, spürte ich ein elendes Gefühl in mir. 'Es muß etwas dahinterstecken', sagte ich. 'Male nicht den Teufel an die Wand', erwiderte meine Tochter. Jedenfalls, am Mittwoch hat er mit uns gesprochen, am Donnerstag wurde er erschossen ... Wie soll ich das aushalten?"

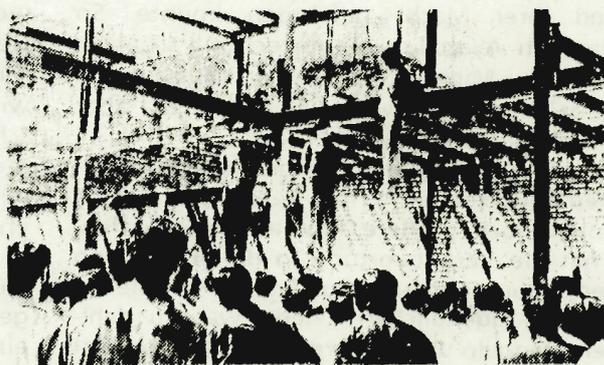
Die Brutalität des Regimes scheint ein so starkes Ausmaß angenommen zu haben, daß selbst der designierte Nachfolger Chomeinis, Ayatollah Montazeri, sich genötigt sah, sein Schweigen zu brechen und Einhalt zu gebieten. "Was geht eigentlich in den Gefängnissen vor", schreibt er am 30.9.88 an Revolutionsführer Chomeini. "Zahlreiche Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Nach drei oder vier Jahren Haft wurde ein neues Urteil über sie ausgesprochen, danach wurden sie hingerichtet. Diese Praxis stellt die Legitimität unseres Rechtssystems in Frage."

Die Antwort, die Montazeri erhielt, zeugt davon, daß der Führer der Islamischen Republik sehr wohl über die Vorgänge in den iranischen Gefängnissen und über die Hinrichtungen informiert ist und diese auch befürwortet. Er ließ durch seinen Sohn Ahmad mitteilen: "Mein Vater hält Ihre Kritik, die sich auf den Umgang mit 'Konterrevolutionären' bezieht, für unzutreffend."

Geschürt wird die Atmosphäre der Angst auch durch Festnahmen und Hinrichtungen von bereits entlassenen Häftlingen. So wurden mehrere tausend Menschen während der letzten Monate in Sandjan, Isfahan, Neyshapur, Hamedan, Kermanshah, Mesched, Tabriz, Karadj, Resht, Ilam und Teheran verhaftet. Unter ihnen befinden sich einige Mitglieder der Nehzat-e Azadi (Freiheitsbewegung, die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan geführt wird), Mitglieder der Volksmodjahedin, der Volksfedayin, der Tudehpartei.

Die Situation erinnert an die Pogrome von 1981/82. Viele der Inhaftierten durften ihren Angehörigen ihren Aufenthaltsort nicht mitteilen.

Auch die Medien leisten zur Abschreckung der Bevölkerung ihren Dienst. Sie propagieren Hinrichtungen auf öffentlichen Plätzen. So wurde z. B. am 3.8.88 die Erhängung von sieben Personen bekanntgegeben. Ein Foto zeigt die an Seilen hängenden leblosen Körper. Die Überschrift lautet: "Sieben Abtrünnige (das ist die offizielle Bezeichnung für die Mitglieder der Volksmodjahedin - d. Ü.) sind in Bachtaran erhängt worden."



Seit dem Waffenstillstand werden auch Hausdurchsuchungen wieder massiv vorgenommen, angeblich, um Rauschgiftdelikte und "moralische Vergehen" aufzuspüren. Kein Wunder, daß diese Delikte und Vergehen in den meisten Fällen bei politisch unliebsamen Personen festgestellt, und politische Widersacher unter dem Vorwand einer kriminellen Straftat verhaftet werden. Dazu dient auch die Anweisung des Sprechers der Obersten Justizbehörde, der den Richtern unverblümt empfiehlt, "sich bei ihrem Vorgehen

gegen oppositionelle Gruppen zu bemühen, diese als Ungläubige darzustellen. ... Ferner müssen Rauschgiftschmuggel, Verderbnis, Mißachtung der islamischen Kleidervorschrift und Diebstahl hart bestraft werden."

Die nach dem Waffenstillstand eingeschlagene harte Linie wird auch dadurch verdeutlicht, daß politische Gefangene keine Besucher mehr empfangen dürfen. Damit soll vor allem verhindert werden, daß Informationen über die Vorgänge in den Gefängnissen nach außen gelangen. Diese Maßnahme ist allerdings seit einigen Tagen teilweise aufgehoben worden.

Im August 88 erreichte uns das Schreiben der Mutter eines politischen Gefangenen, in dem es u. a. heißt: "Nach Annahme der Resolution 598 hat sich hier die Lage wesentlich verschlechtert. Viele Gefangene sind grundlos hingerichtet worden. Deshalb sind X und ich seit Wochen rastlos auf den Beinen. Jeder neue Tag bringt uns besorgniserregendere Nachrichten. Ich weiß nicht, wohin dies alles führen wird. Zur Zeit versuchen die Mütter der Gefangenen, auf die Behörden Druck auszuüben. Ob dies etwas bewirken wird, läßt sich nicht voraussagen. Besuche für politische Gefangene - gleich welcher Gruppierung sie angehören mögen - sind gestrichen. Wer weiß, was die unseren Kindern noch antun werden."

Besorgt um die Zukunft sind nicht nur Angehörige von politischen Gefangenen. Selbst unter den Führern der Islamischen Republik melden sich immer mehr warnende Stimmen, die die Befürchtung hegen, daß die Verschärfung des Terrors gegen die eigene Bevölkerung den Bestand ihrer Macht gefährden könnte. So wandte sich Ayatollah Montazeri mit scharfen Worten an Ministerpräsidenten Mussavi. In einem Schreiben, das vom 1.10.88 datiert, aber nicht veröffentlicht ist, stellt er fest:

"Die harte Durchsetzung islamischer Strafmaßnahmen hat nicht zum Erfolg geführt, sie hat im Gegenteil noch größere Probleme geschaffen. Man hat die Verantwortung in die Hände von einigen unausgegorenen und mit Komplexen behafteten Jugendlichen gelegt, was zu zahlreichen Mängeln und Ungerechtigkeiten geführt hat. Sie begehen einen Fehler, wenn Sie sich auf die Berichte dieser Bediensteten verlassen! ... Der Informationsdienst, die Organisation der Revolutionswächter, die Revolutionskomitees, die Staatsanwälte, die Untersuchungsrichter u. a. müssen ihre Vorgehensweise überprüfen. Die häufigen Verhaftungen, Brutalitäten, Strafen, Einkerkierungen und Hinrichtungen bringen uns nichts und verstärken darüberhinaus die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, die das

eigentliche Kapital unseres Landes und der Revolution ist. Die Fehler der Verantwortlichen und Brutalitäten der Bediensteten, die ständig zunehmen, können nie wieder rückgängig gemacht werden. Es heißt doch: 'Sündhaftes Vorgehen wird die Welt nicht zu Grunde richten, wohl aber die Ungerechtigkeit.' Die Weltöffentlichkeit wird uns verurteilen und in die politische Isolation treiben. Daher müssen Verhaftungen und Strafmaßnahmen unbedingt auf ein Minimum reduziert werden. ... Millionen Iraner befinden sich im Ausland auf der Flucht. Die hier herrschende Atmosphäre und das harte Vorgehen der Behörden haben sie dazu getrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich zahlreiche Spezialisten und Fachleute, deren unser Land dringend bedarf. Schon die Tatsache ihrer Anwesenheit im Ausland schadet dem Ruf unseres Landes und ist ein Beweis dafür, daß in unserem Land Angst und Unterdrückung herrschen. Es muß eine allgemeine Amnestie erlassen werden. ... Wir müssen das Volk ernst nehmen. Wichtige Entscheidungen, außenpolitische Beziehungen, politische Strategien werden sich nicht für immer verheimlichen lassen. Früher oder später werden die Lügen entlarvt - wenn nicht durch uns, dann durch unsere Feinde."

Als designierter Nachfolger Chomeinis kann sich Ayatollah Montazeri diese kritischen Äußerungen erlauben. Das gilt aber nicht für andere Geistliche oder Politiker, selbst wenn sie als Volksvertreter im islamischen Parlament sitzen. Die islamische Revolution ist seit langem dabei, ihre eigenen Kinder zu fressen. Vor zehn Tagen wurde bekannt, daß zwölf Geistliche, darunter einige Abgeordnete des Parlaments, hingerichtet worden sind. Die meisten von ihnen, z. B. der Geistliche Omid Nadjaf Abad, zählen zu engeren Mitarbeitern von Ayatollah Montazeri. Berichtet wird auch von der Verhaftung zahlreicher schiitischer Würdenträger, die offenbar nicht mehr gewillt sind, die Vorgänge im Iran schweigend zu dulden. Am 25.11.88 erlag der ehemalige Gesundheitsminister Dr. Kazem SAMI in einem Teheraner Krankenhaus den Verletzungen und gezielten Bedrohungen von Schlägertrupps, die am 23.11.88 mit Messern auf ihn einstachen. Der Grund dafür waren seine Mitgliedschaft im Kabinett Bazargans und seine Opposition zum Regime.

Über lange Zeit hindurch hatte der Druck von außen auf die Führung der Islamischen Republik wenig Sinn. Die selbsternannten Stellvertreter Gottes kümmerten sich nicht um die öffentliche Meinung. Nach der Ruinierung des Landes durch Krieg, Mißwirtschaft und Diktatur sehen sich die Ayatollahs nun gezwungen, die Tore des Landes

dem Waffenstillstand eher gewachsen. Die iranischen und irakischen Kühe sollen nun erneut gemolken werden. Nicht daß die Waffenlieferungen aufgehört hätten. Beide Regime wollen nun unter dem Vorwand der Selbstverteidigung, Reorganisierung und Modernisierung ihres Militärpotentials neue und zusätzliche Waffen einführen. Doch auch auf anderen Gebieten wittern ausländische Unternehmen das große Geschäft. Sie wollen Iran und Irak beim Wiederaufbau ihrer Länder unter die Arme greifen. Aufzubauen gibt es wahrlich genug. In dem achtjährigen Krieg wurden 1 800 Industrieanlagen, darunter sechs Raffinerien und zwei Atomkraftwerke, dreizehn Städte und 1 200 Dörfer zerstört. Der finanzielle Schaden wird auf 500 Milliarden Dollar geschätzt. So ist die Reiselust der Unternehmer und Regierungsdelegationen nach Teheran und Bagdad enorm gewachsen. Selbstverständlich ist die Bundesrepublik mit von der Partie. Sie ist ohnehin der größte Handelspartner Irans. Kein Wunder also, daß Außenminister Genscher schon die Koffer gepackt hat und Ende November in den Iran reisen wird.

Das ist bereits Genschers zweiter Freundschaftsbesuch in der Islamischen Republik. Er war der erste Minister aus der westlichen Staatengemeinschaft, der vor vier Jahren in den Iran gereist ist, um Chomeinis Gottesstaat Stabilität und Zuversichtlichkeit zu bescheinigen und ihm aus der Isolation herauszuhelfen. Nach seiner Rückkehr gab der Minister an, mit den Führern des Regimes in Teheran unter anderem auch über die Mißachtung der Menschenrechte im Iran gesprochen und die Einberufung einer unabhängigen Beobachterkommission vereinbart zu haben. Doch bislang ist es bei dieser Absichtserklärung geblieben.

Selbst bei den Verhandlungen des Weltsicherheitsrates über Maßnahmen zur Beendigung des Golfkriegs war es nicht zuletzt den Bemühungen Genschers zu verdanken, daß man in der am 20. Juli einstimmig verabschiedeten Resolution zum iranisch-irakischen Krieg auf etwaige Sanktionsdrohungen und Waffen- und Wirtschaftsboykott verzichtete. Damit nicht genug. Kurz nach der Verabschiedung der UN-Resolution wurde der iranische Außenminister Velayati nicht nur von Außenminister Genscher, sondern auch von Bundespräsident Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl in Bonn empfangen. Zur Freude des Gastes griff Genscher dem Urteil der noch von der UNO zu bildenden Schiedskommission vor und erklärte der Presse gegenüber, der Krieg für dessen Beendigung er plädierte, sei durch den Irak begonnen worden, eine Feststellung, die genau dem Wunsch der iranischen Machthaber entsprach.

Diese Freundschaftsdienste werden jetzt erst recht ihre Früchte tragen, die deutsche Delegation wird in Teheran gebührend belohnt

werden. Außenminister Genscher wird die blutigen Hände der Mullahs drücken und ihnen, wie schon so oft, den Willen zum Frieden bescheinigen, wohlwissend, daß der Waffenstillstand der iranischen Bevölkerung keinen Frieden gebracht hat und gerade in den letzten Wochen Hunderte Oppositionelle hingerichtet worden sind.

Bei seiner Rückkehr in die Bundesrepublik wird der Minister seine Hände in Unschuld waschen. Es obliege nicht einem deutschen Politiker, sich in inneriranische Angelegenheiten einzumischen, wird er sagen. Er sei für das Wohl der Deutschen verantwortlich, die Freundschaft zu den Ayatollahs diene der deutschen Wirtschaft und der Milderung der Arbeitslosigkeit. Viele bundesrepublikanischen Politiker und Unternehmer werden ihm dabei zustimmen. Welch ein Hohn auf die so oft beteuerten Bekundungen zu Menschenrechten und zur Demokratie.

Bahman Nirumand

... da werden Menschen zu Hyänen

An einem Mittwoch im Oktober (das genaue Datum fehlt) besuchten Mütter von Hingerichteten den Friedhof Lanat-Abad. Angesichts des verwilderten Friedhofs wunderten sie sich, daß dort ein Kanal gezogen worden war. Am Freitag der gleichen Woche aber sahen sie, daß der angebliche Kanal wieder zugeschüttet war. Bei näherem Betrachten entdeckten sie langes Haar, Kleidungsstücke im lockeren Sand. Ihr Verdacht bestätigte sich: Es handelt sich um ein Massengrab, in dem unter anderem auch 45 Wehrflüchtige und Angehörige der Volksmodjehedin verscharrt sind, wie aus einer Quelle von Hezbollahs verlautete.

Im August wurden in Babol (Nordiran) Mitglieder der Tudeh-Partei und der Volksmodjehedin hingerichtet. Ihre Leichen wurden in ein nicht tief genug abgetragenes Massengrab geworfen, das sich auf einem außerhalb der Stadt liegenden heruntergekommenen Friedhof befindet. Durch nächtliches Heulen der Hunde alarmiert, bot sich der Bevölkerung ein schreckliches Bild: herausgezerrte und von Hunden angefressene Leichen und Leichenteile.

Angehörige von Hingerichteten, die die Leichen in Empfang nehmen dürfen, berichten, daß sie Spuren starker Verbrennungen entdeckt hätten. Junge Mädchen seien zweifelsfrei vergewaltigt worden.

Aus dem Bundestag vom 22.11.88, Dr. Lippelt, GRÜNE:

Wir GRÜNEN haben schon im vorigen Jahr statt der rund 50 Polizeireferenten an den Botschaften der Bundesrepublik die Einführung von Menschenrechtsreferenten gefordert. Die Bundesrepublik produziert Jahr für Jahr zu hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Eine Verbesserung der Wahrnehmung von Wirtschaftsinteressen bedeutet also lediglich, daß die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte noch vergrößert werden. Eine Wahrnehmung von anderen Interessen bedeutet eine Zunahme an Schutz von Menschenrechten.

Ich will das etwas konkreter machen: Wir haben in diesem Hause mehrfach sehr deutlich über die Morderei gesprochen, die sich Golf-Krieg nannte. Wir sind alle sehr froh darüber, daß der Iran und der Irak endlich den Weg zu Friedensverhandlungen finden. Wir haben aber gleichzeitig gesehen, daß das Morden im Innern weitergeht. Über den Versuch der Ausrottung der Kurden im Nordirak haben wir hier des längeren debattiert. Heute möchte ich die Verhältnisse im Iran ansprechen, und zwar, weil Sie, Herr Bundesminister, sich demnächst auf den Weg nach Teheran machen werden. Da fällt dann doch wohl folgendes auf: Während uns über amnesty international die Nachrichten von steigenden Zahlen von **Hinrichtungen** erreichen, begonnen im August, weitergehend bis heute, Nachrichten, die gerade dieser Tage durch einen Bericht des UNO-Beauftragten Galindo Pohl noch einmal zusammenfassend bestätigt werden, sind unsere Zeitungen voll von den Erwartungen unserer Wirtschaft. „Süddeutsche Zeitung“, 11. August: „Wiederaufbau in Iran und Irak kostet Milliarden“. „General-Anzeiger“: „Die deutschen Firmen in den Startlöchern“. „FAZ“, 14. September: „Industrie erwartet Milliardenaufträge im Iran“. Auf der 14. Industriemesse in Teheran sind mehr als 70 deutsche Unternehmen vertreten gewesen. Dies findet statt, während zugleich jene Mordwelle durch die Gefängnisse des Landes geht.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Wiederaufbau der Menschenrechte!)

Herr Außenminister, um recht verstanden zu werden, wir begrüßen, daß Sie diese Reise machen. Unsere Kriterien für die Bewertung von Erfolg und Mißerfolg in der Außenpolitik müssen und werden aber andere sein als steigende Zahlen in der Außenhandelsstatistik. Unser oberstes Kriterium muß die steigende Zahl von Entlassungen aus den Gefängnissen und das Ende der Hinrichtungen sein.

An seine Exzellenz, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran.

Sehr geehrter Herr Armin Freytag,

verzweifelt und voller Schmerz über den Verlust unserer Liebsten, senden wir, Angehörige der kürzlich hingerichteten politischen Gefangenen in Iran, Ihnen diese Zeilen.

Dieser Tage weilt Herr Außenminister Genscher in Iran. Er wird sicherlich über Vieles mit den Verantwortlichen der Isl. Rep. Iran Gespräche führen. Welchen Stellenwert dabei die Menschenrechte haben werden, können wir, ohnmächtig und bar jeden politischen Einflusses, nicht einschätzen.

Wir haben diese Menschen, die stellvertretend für Hunderte stehen, unter unsäglichen Umständen verloren. Unsere Familienangehörigen in Iran erhielten, wenn überhaupt, lediglich die Nachricht, die letzten Kleidungsstücke der Exekutierten oder Gehenkten abholen zu können. Sie kennen weder den Zeitpunkt des Todes noch die Stelle, wo ihre Kinder begraben liegen.

Herr Freytag, bitte informieren Sie Herrn Genscher darüber, wo der Friedhof von "Khawaran" liegt. Da nämlich werden unsere Angehörigen in Massengräbern verscharrt und irrt eine gespenstische Menge von Müttern und Vätern vergeblich umher, um die Grabstelle zu finden. Wie groß kann die Verachtung für Menschenleben noch sein, daß sie und ihre Angehörigen über den Tod hinaus gequält werden. Nach herrschender Meinung der Regierung dürfen die Hingerichteten "Gotteslosen" nicht einmal ein Grab besitzen.

Für unsere Angehörigen kommt jede Hilfe zu spät. Möge dieser Appell aber für andere, die vom Tode bedroht sind, eine Hilfe sein. Auch wenn dabei nur ein Menschenleben gerettet wird, ist es von unschätzbarem Wert.

Hochachtungsvoll,
Dr. Mostafa Danesh
Farhad Fardjad Azad

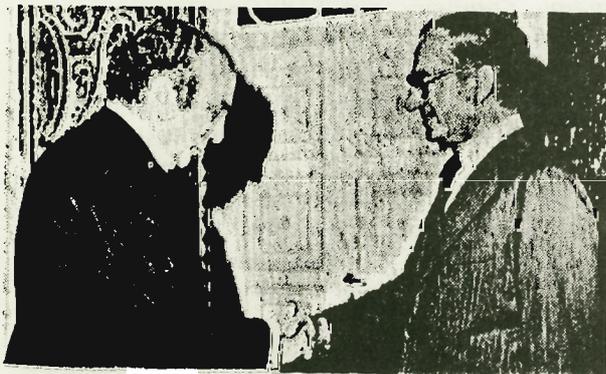
(Aus verständlichen Sicherheitsgründen werden die Unterschriften von Angehörigen der noch lebenden politischen Häftlinge nicht veröffentlicht)

Iraner auf der Flucht

Diesmal haben wir uns zum größten Teil mit der Situation im Iran beschäftigt. Angesichts der verschärften Unterdrückung und Verfolgung dort steigt die Zahl derer, die aus Angst um ihr Leben versuchen, das Land zu verlassen. Nur einem geringen Teil wird es gelingen, seine Hoffnung auf ein neues Leben zu realisieren, während die meisten - hauptsächlich Jugendliche und junge Frauen mit Kleinkindern - in den "Transitländern" steckenbleiben. Die westlichen Länder haben dichtgemacht, selbst Bitten auf eine Ausnahme und die Versicherung, der Bundesregierung keinerlei Kosten zu verursachen, stoßen auf taube Ohren. Beispiel dafür mag der junge Iraner sein, der nach monatelangem Gefängnisaufenthalt in Bangkok auf Kautions des UNHCR frei-

zu öffnen, um aus der politischen und ökonomischen Isolation herauszukommen. Dieser Umstand gibt der iranischen Opposition, aber auch den Menschenrechtsorganisationen und demokratischen Parteien die Chance, sich wirksam für die Befreiung von politischen Gefangenen, gegen Folter und Hinrichtungen einzusetzen.

Im Zeichen des Chamäleons



1978

Lambsdorf (FDP) - der damalige Bundeswirtschaftsminister - schüttelt dem Schah ergeben die Hand und erklärt, die Bundesregierung sei aus politischen und wirtschaftlichen Gründen an einer Stabilisierung im Iran interessiert. Die Bundesrepublik habe weder das Interesse an der Ausdehnung ultra-konservativer oder gar reaktionärer Kräfte noch an einer Machterweiterung marxistischer und kommunistischer Gruppen. Unter Hinweis auf die Krise, der das Land zu jener Zeit ausgesetzt war, äußerte er die Ansicht, die iranische Regierung sei vollkommen in der Lage, diese Schwierigkeiten zu meistern.



1984

Wahrlich - eine Machterweiterung marxistischer und kommunistischer Gruppen ist durch Massenhinrichtungen verhindert worden. Bundesaußenminister Genscher (FDP) zeigt sich erfreut über das Lob, das ihm nun von ultra-konservativer Seite - hier von Parlamentspräsident Rafsandjani - zuteil wird.



1988

Wieder erschüttert eine Welle von Massenhinrichtungen das Land. Darauf angesprochen, weist Vize-Außenminister Laridjani alles als Propaganda gegen den Iran zurück. Namen von Hingetrichteten, die ihm genannt werden, hört er zum ersten Mal - und hier sagt er wahrscheinlich die Wahrheit, erfahren doch selbst die Angehörigen erst nach der Exekution von den geheimen Hinrichtungen.

Und wieder wird dem Bundesaußenminister von Teheraner Seite Lob gesendet: Durch das Kulturabkommen dürfen nun ausgesuchte Studenten und Dozenten in die Bundesrepublik einreisen, um hier Daten über die Regimegegner zu sammeln, während iranischen Wissenschaftlern/Innen, die sich hier um eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken bemühen, die Ausweisung ins Haus steht - im öffentlichen Interesse selbstverständlich!

An Bundesaußenminister
Hans-Dietrich Genscher
Bundesaußenministerium

5300 - BONN 1

Berlin, den 23.11.88

Sehr geehrter Herr Minister Genscher,

diesen Brief hätten wir Ihnen eigentlich zu dem Zeitpunkt schreiben sollen, als Sie sich als Bundesaußenminister bei den Politikern in Teheran für die Freilassung von Herrn Cordes - einer der Geiseln der Hesbollahs im Libanon - bedankt

haben, obwohl Sie, wie die Weltöffentlichkeit wußten, daß die iranische Regierung bei der Geiselnahme die Hauptrolle gespielt hatte. Für alle, die die Menschenrechtsdeklaration achten, ist es schwierig zu verstehen, daß man einerseits Geiselnahmen verurteilt, sich andererseits aber vor den Geiselnehmern verbeugt.

Sie reisen in ein Land, Herr Minister, in dem seit Gründung der Islamischen Republik alle gesellschaftlichen, politischen und individuellen Rechte aufgehoben sind.

Sie reisen in ein Land, in dem Tausende von Oppositionellen nicht nur als Gefangene, sondern auch als Geiseln inhaftiert sind. Wir verfügen über eine Anzahl von Dokumenten, die beweisen, daß noch nicht volljährige Jugendliche, die 1981 inhaftiert worden waren, vor kurzem - d. h. nach sieben Jahren Haft - als "Schuldige" aufgrund von Aktivitäten der Oppositionellen außerhalb der Gefängnisse hingerichtet wurden.

Sie reisen in ein Land, in dem Ebrahim Frusesch, einer der Geiselnahmer der amerikanischen Botschaft in Teheran, mit Ihnen und Ihrer Delegation am Verhandlungstisch sitzen wird - diesmal nicht als Geiselnahmer, sondern als Minister für Aufbau.

Sie reisen in ein Land, aus dem Sie nach Ihrer Rückkehr vor vier Jahren verkündeten, eine unabhängige Beobachterkommission über die Mißachtung der Menschenrechte einberufen zu wollen - eine Kommission, die im Verlauf dieser vier Jahre vielleicht in der Lage gewesen wäre, das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen im Iran zu mindern. Leider blieb dies eine Absichtserklärung.

Aus diesem Grunde, Herr Minister, befürchten wir, daß auch diesmal über den Waffenstillstand, die Verkündung des Wiederaufbaus und die Aussicht auf intensivere Wirtschaftsbeziehungen zum Iran die Menschenrechte wieder in Vergessenheit geraten.

Deshalb bitten wir Sie:

1. die Einberufung der unabhängigen Beobachterkommission über die Mißachtung der Menschenrechte zu verwirklichen;
2. in Gesprächen mit der Regierung der Islamischen Republik auf einer Untersuchung der Gefängnisse durch eine internationale Kommission zu bestehen;
3. ein Ende von Folter und Hinrichtungen im Iran zu fordern.

Hochachtungsvoll

(M. Rafi - Vorstandsmitglied)

GASTKOMMENTAR:

Die Freundschaftsdienste tragen blutige Früchte

Acht Jahre lang haben alle miteinander das Kriegsfeuer geschürt, Saddam Hossein auf Chomeini, Chomeini auf Saddam Hossein gehetzt. Dreiundfünfzig Länder aus Ost und West schickten Waffen, darunter achtundzwanzig gleichzeitig an beide Länder. 980 Milliarden Mark werden die Ausgaben für Waffen und Rüstung in diesem Krieg geschätzt. Der Irak hat im Durchschnitt jährlich 42 Milliarden, der Iran doppelt so viel für Kriegsmaterial bezahlt, damit beide Völker ihre Länder mit modernen Waffen in Schutt und Asche legen. Wie viele Schulen, Universitäten, Kindergärten, Krankenhäuser, wie viele Straßen, Häfen, Fabriken hätte man mit diesen Summen bauen, wie viele Ländereien fruchtbar machen können!

Fast acht Jahre lang wurde außerhalb der beiden Länder über diesen Krieg geschwiegen, kaum jemand redete von Millionen Toten, Verletzten, Vertriebenen, über zerstörte Städte und Dörfer. Wozu auch? Der Krieg belebte den Handel, die Region entwickelte sich zum besten Verbrauchermarkt für Waffen. Auch der Export von zivilen Gütern in den Ländern Iran und Irak konnte dank der Zerstörung der einheimischen Industrie dieser Länder erheblich gesteigert werden. So lange also der Krieg sich eingrenzen ließ und den Transport von Waren, Waffen und Öl nicht beeinträchtigte, so lange schienen allen Außenstehenden, von den USA bis zur Sowjetunion, von Frankreich bis zur Volksrepublik China, von Israel bis Nordkorea, die Folgen des Krieges unerheblich.

Selbstverständlich mischte da die Bundesrepublik Deutschland auch tüchtig mit. Offiziell durfte sie keine Rüstungsgüter in Kriegsgebiete exportieren. Dennoch war sie mit umfangreichen Waffenlieferungen am iranisch-irakischen Krieg beteiligt. Die Gesetze wurden dadurch umgangen, daß Waffen und Rüstungsmaterial als zivile Güter deklariert wurden, oder sie wurden gemeinsam mit ausländischen Unternehmen produziert. Da tauchte die Bundesrepublik namentlich nicht auf, in den Statistiken wurde sie nicht erwähnt. So haben bekannte deutsche Firmen wie Daimler Benz, Titan-Käsbohrer, Fritz Werner GmbH, MBB, MAN, Leuko Blohm und andere durch die Entsendung von Kriegsmaterial an beide Gegner Milliarden an dem Krieg verdient.

Nun sind diese Fakten nicht mehr aktuell. An der Kriegsfront herrscht Ruhe. Das bedeutet keineswegs, daß die beiden ruinierten Länder Iran und Irak aus dem Blickfeld der Unternehmer gerückt sind. Das Wirtschaftsinteresse für diese ist mit

gelassen wurde. Sein Onkel schrieb an das Bundesinnenministerium, schilderte den Fall und bat darum, den physisch und psychisch Geschwächten aufnehmen zu wollen. Die ablehnende Antwort erfolgte postwendend:

DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen (bei Antwortbitte angeben) Datum
 V III 4 - 936 137 IRN II 681-3519 6. September 1988

Der Bundesminister des Innern, Postfach 170290, 5300 Bonn 1 Dienstgebäude Nr. 1

Herrn
 Masjed Suleyman
 Grenzstr.

4140 Mehmet-Oberflöckelbach

Betr.: Einreise in die Bundesrepublik Deutschland; Übernahme nach § 22 AuslG;

Hier: Iranischer Staatsangehöriger (Sh. Masjed Suleyman, geb. 1967, z. Zt. Thailand)

Bezug: Ihr Schreiben vom 29. August 1988

Sehr geehrter Herr Herr Masjed Suleyman,

Die Prüfung Ihres Anliegens, für Ihnen o.a. Vetter die Einreiseerlaubnis in die Bundesrepublik Deutschland zu erteilen, hat ergeben, daß Ihr Anliegen durch die Abgabe einer Übernahmeerklärung gem. § 22 AuslG leider nicht entsprechen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jacobs
 Jacobs

PAKISTAN

In Pakistan befinden sich zur Zeit zwischen 6 000 und 10 000 iranische Flüchtlinge, die Mehrzahl ohne gültige Papiere und gezwungen, sich vor der Polizei zu verstecken. Gezeichnet von Angst, Krankheit und Geldmangel leben sie oftmals zu zehnt in einem Appartment und stecken sich an grassierender Gelbsucht und Malaria an. Seit 1987 haben sich drei Personen selbst verbrannt, um auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam zu machen. Zwischen 600 und 700 Iraner sind beim UNHCR registriert, die anderen vertrauen lieber Schmugglern, die ihnen unter Vorspiegelung von Paß- und Visabeschaffung alles Geld aus der Tasche locken, um auf nimmer Wiedersehen zu verschwinden.

Am 22. September 1988 wurden die Iraner Usebe und Meharet aus Abadan sowie Mohammed aus Masjed Suleyman von Grenztruppen erschossen, als sie von Pakistan nach Indien flüchten wollten. Ein vierter Iraner namens Ibrahim wurde

festgenommen und sagte aus, ein Pakistani in Lahore habe ihnen hohe Summen abgenommen, mit dem Versprechen, ihnen in Indien Asyl zu verschaffen, da es dort leichter als in Pakistan sei.

TÜRKEI

In einem Rundschreiben vom 4. November 1988 bestätigt amnesty international, daß ständig über Abschiebungen von iranischen Flüchtlingen aus der Türkei in den Iran berichtet würde. Dabei handele es sich teilweise sogar um Flüchtlinge, die vom UNHCR anerkannt wurden. Anfang August hatte die türkische Presse berichtet, 40 iranische Flüchtlinge, die von der Türkei an die iranischen Grenztruppen ausgeliefert worden waren, seien im Iran hingerichtet worden. Anfragen von amnesty international an die türkische Regierung blieben unbeantwortet. Vor kurzem erhielten wir ein Schreiben mit der Namensangabe von neun Iranern, die wahrscheinlich am 28. September von Van aus in den Iran deportiert und dort nun im Gefängnis von Choy inhaftiert sind. Von Juli bis September hatten sie auf die Erlaubnis der Ausländerbehörde in Ankara gewartet, dorthin fahren zu dürfen. Anfragen beim UNHCR in Ankara wegen der langen Wartezeit wurden von einem Mitarbeiter mit "verwaltungsbedingter Verzögerung" beruhigt. Den "Skandal" einer Deportation könne sich die Türkei nicht noch einmal erlauben, da sie auf ihren Ruf in der Weltöffentlichkeit bedacht sei. Aber nicht nur türkische Behörden deportieren iranische Flüchtlinge. Angehörige der iranischen Botschaft in der Türkei haben vor kurzem versucht, einen Oppositionellen - gefesselt und mit verbundenen Augen in den Kofferraum gesperrt - in den Iran zu bringen. Ein türkischer Tankwart schöpfte Verdacht und alarmierte die Polizei, die die fünf Botschaftsangehörigen zunächst festnahm. Zwei Diplomaten und zwei Mitarbeiter wurden auf freien Fuß gesetzt, einer festgenommen.

Die iranische Opposition wird nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland verfolgt. Dies ist nicht der erste Fall und wird auch nicht der letzte bleiben.

Von einem Schutz vor Verfolgung in der Türkei kann jedenfalls keine Rede sein.

Spendenauf Ruf

Unser Einsatz für Asylbewerber hier, der auch mit Anwaltskosten verbunden ist, die Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei und Pakistan, die Öffentlichkeitsarbeit gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran zwingen uns, Sie um Spenden zu bitten. Ohne Ihre Unterstützung können wir nicht weitermachen. (Wir sind als gemeinnützig anerkannt!)

Postscheckamt Bln-West Konto-Nr. 749-49-107 (BLZ 100 100 10)

Politisch gefährlich

In Teheran bemühte sich Außenminister Genscher um politische Gefangene – die schlimme Wahrheit wurde ihm vorenthalten.

Die Anweisung der bärtigen Revolutionswächter vom lokalen Volkskomitee an die Angehörigen des Urologen Ahmed Danesch war eindeutig: Sie sollten sich unverzüglich im Evin-Gefängnis melden und dort die persönliche Habe ihres Verwandten in Empfang nehmen.

An der Kerkerpforte bekam ein Bruder des seit Mai 1983 ohne Gerichtsurteil inhaftierten Arztes ein Bündel und 8000 Rial ausgehändigt – gegen Quittung und mit dem Verbot, öffentlich zu trauern. Seither ist für die in Köln lebende Familie Danesch zur Gewißheit geworden, was sie seit Monaten befürchtete: Ahmed Danesch wurde aller Wahrscheinlichkeit nach am 16. November – wie Hunderte seiner Mithäftlinge in diesen Monaten – vom Regime der Ajatollahs liquidiert.

Den Bonner Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, der vergangene Woche als erster westlicher Außenminister seit dem Waffenstillstand im Golfkrieg den Iran besuchte, erreichte die Nachricht der Familie Danesch wenige Stunden vor seinem Abflug. Wo immer Genscher in Teheran Auskunft über das Schicksal des Arztes suchte, erhielt er hinhaltende Antworten – und das ihm, der sich über Monate gerühmt hatte, als einer der wenigen im Westen den Kontakt nach Teheran gehalten zu haben.

Genschers Amtskollege Ali Akbar Welajati, der zur Behebung der Kriegsschäden sein Land nach Westen öffnen will, mühte sich verlegen, die Hinrichtung zu bestreiten; auch die anderen Gesprächspartner – Staatspräsident Ali

Chamenei, Premierminister Hussein Mussawi und Parlamentspräsident Hachemi Rafsandschani – blieben wortkarg. Welajati gestand immerhin ein, er habe selbst Schwierigkeiten, Auskünfte über das Schicksal von Häftlingen zu bekommen.

Hinters Licht geführt wurden auch die Journalisten, die Genscher begleiteten. Rafsandschani behauptete, „keine Informationen über diesen Fall“ zu haben, Vize-Außenminister Mohammed Dschawad Laridschahi, der mit Genscher tags zuvor den Fall Danesch erörtert hatte, wich aus: „Wir hören den Namen zum erstenmal.“

Das ist mit Sicherheit falsch. Mehr als 100 Bonner Politiker, darunter Bundeskanzler Helmut Kohl, Ex-Kanzler Willy Brandt und der frühere Bundestagspräsident Philipp Jenninger, hatten sich seit Monaten bemüht, eine Hinrichtung des 58jährigen abzuwenden.

Der Mediziner, der 20 Jahre in der Bundesrepublik gelebt und zuletzt als Oberarzt am katholischen St.-Vincenz-Hospital in Duisburg gearbeitet hatte, war im November 1972 in seine Heimat zurückgekehrt. In Teheran gelang Danesch 1978 die erste erfolgreiche Nierentransplantation im Iran. Als er vor über fünf Jahren von Revolutionswächtern aus seinem Privathaus verschleppt wurde, hielten die neuen Machthaber dem Schah-Gegner vor, ein führendes Mitglied der kommunistischen Tudeh-Partei zu sein.

„Dies reicht allerdings in der Islamischen Republik nicht aus, verhaftet, geschweige denn zum Tode verurteilt zu

werden“, schrieb Irans Bonn-Botschafter Mahdi Ahari Mostafawi dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gerd Andres im Oktober 1988. Diese „Schwerststrafe“ werde nur verhängt, wenn sich der

Betreffende „des Mordes schuldig gemacht oder einen für die Sicherheit des Landes schwerwiegenden Landesverrat in Kriegszeiten begangen hat“.

Dem mehrfach schwer gefolterten Danesch wurde weder das eine noch das andere vorgeworfen. In einem Schreiben, das er Anfang 1987 aus seiner Zelle schmuggeln konnte, berichtete Danesch, ein „junger Geistlicher“ habe ihn gefragt, ob „ich noch meine Überzeugung beibehalten habe“. Erst später habe er erfahren, „daß diese Sitzung meine Gerichtsverhandlung war“.

Wie Danesch, der im Gefängnis seine mißhandelten Mithäftlinge medizinisch versorgte, sind Hunderte Iraner in den letzten Monaten zum Tode verurteilt worden. Seit der Iran und der Irak sich am 7. August auf einen Waffenstillstand geeinigt haben, rollt im Chomeini-Staat, mit dem Bonn vergangene Woche ein Kulturabkommen abschloß, eine neue Hinrichtungswelle.

Reisende aus dem Westen wie Bonns Genscher und die mit ihm eingeflogenen Manager westdeutscher Firmen werden von Rafsandschani freundlich empfangen; der Parlamentspräsident feiert den „neuen Beginn“, läßt sich aber weder feste Zusagen über neue Millionengeschäfte mit dem Ajatollah-Regime abringen, noch gibt er Aufschlüsse über die zum Teil seit Jahren im Libanon festgehaltenen westlichen Geiseln.

Den geplanten Besuch auf dem Märtyrer-Friedhof Behescht-e Sahra, wo der Blutbrunnen mit rot eingefärbtem Wasser eine Stunde vor Kranzniederlegungen angestellt wird, ließ der verärgerte deutsche Außenminister in letzter Minute absagen. Er gab statt dessen dem iranischen Fernsehen ein Interview. ♦

DER SPIEGEL Nr. 49/1988

In eigener Sache

Die Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen im Iran ist erschienen. Auf fast 300 Seiten dokumentiert sie folgende sechs Kapitel von 1979 bis Mai 1988:

Iranisches Recht - und Rechtssystem,
Politische Verfolgung in der Islamischen Republik Iran,
Ethnische und religiöse Minderheiten,
Frauen in der Islamischen Republik,
Kinder und Jugendliche,
Verstöße gegen die Moralvorschriften.

Das Buch ist bei uns zu folgenden Preisen zu erwerben:

1 Exemplar	40,- DM
ab 5 Exemplare	35,- DM
ab 10 Exemplare	30,- DM